DEUTSCHE VEREINIGUNG FÜR POLITISCHE BILDUNG E.V.

gegr. 1965

Verband für Politische Bildung in Schule, Hochschule,
Jugendarbeit und Erwachsenenbildung

Dr. David Jahr (Vorsitzender DVPB Landesverband Sachsen-Anhalt)

Dr. David Jahr, Institut für Politikwissenschaft, Emil-Abderhalden-Straße 26-27

06108 Halle (Saale)

Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt

Turmschanzenstraße 32

39114 Magdeburg

dvpb.de/landesverbaende/sachsen-anhalt/

Datum: 18.07.2025

Mail: david.jahr@politik.uni-halle.de

Sehr geehrter Herr Minister Riedel,

zu Ihrem Amtsantritt gratulieren wir herzlich. Als Verband für die politische Bildung in Sachsen-Anhalt mit bundesweiter Vernetzung möchten wir die Gelegenheit nutzen, uns als Ansprechpartner vorzustellen und gleichzeitig auf ein dringliches Problem der politischen Bildung in unseren Schulen hinzuweisen.

Wir erleben täglich, dass Politik- und Sozialkundeunterricht erst viel zu spät, ab Klasse 8, startet, auf wenige verbindliche Stunden begrenzt bleibt und nicht immer von ausgebildeten Fachlehrkräften erteilt wird. Damit verpuffen wesentliche Elemente unseres vorbildlichen Lehrplans – Problem- und Kontroversitätsorientierung, digitale Quellenkritik oder handlungsorientierte Methoden – lange bevor sie Wirkung entfalten können.

Gleichzeitig hat sich die Lebenswelt Jugendlicher radikal verändert. Laut aktueller JIM-Studie informieren sich fast 80 Prozent der 12- bis 19-Jährigen täglich in sozialen Netzwerken; Shell-Daten zeigen eine akzentuierte Spaltung in rechte wie progressive Milieus, während das Innenressort eine deutliche Zunahme extremistischer Vorfälle an Schulen meldet. Jugendliche treffen auf Memes, Influencer-Aktivismus, Deep-Fakes und Werbe-Versprechen – oft, ohne die ökonomischen, politischen oder rechtlichen Dimensionen sicher einordnen zu können.

Der Koalitionsvertrag 2021–2026 begegnet diesem Befund ausdrücklich: Er kündigt die Einführung eines Pflichtfaches „Wirtschaft, Demokratie und Recht auch im gymnasialen Schulzweig“ an. Dieses integrierte Fach verknüpft drei Perspektiven, die sich in der Realität der Jugendlichen längst überschneiden: 1) ökonomische Entscheidungen (Wirtschaftskompetenz), 2) demokratische Prozesse und Teilhaberechte (Politik) und 3) rechtliche Grundlagen des Zusammenlebens (Recht).

Ökonomische Bildung und Demokratiebildung sind gemeinsam unverzichtbar, um junge Menschen auf ein eigenständiges Leben und verantwortungsvolle Teilhabe vorzubereiten. Der Erwerb dieser Kernkompetenzen darf keine Wahlentscheidung sein. Wir unterstützen daher die Einführung des Pflichtfaches „Wirtschaft, Demokratie und Recht“ nachdrücklich und plädieren dafür, es verbindlich bereits ab Klasse 7 an allen Schulformen zu verankern. Durch eine Mindestdotierung von zwei Wochenstunden in den Jahrgängen 7 bis 10 erhält unser Lehrplan endlich den zeitlichen Raum, seine Stärken auszuspielen. Zugleich entsteht ein geschützter schulischer Ort, in dem Desinformation geprüft, Extremismus zurückgewiesen und wirtschaftliche wie politische Urteile fundiert gefällt werden können.

Mit kollegialen Grüßen,

Der Vorstand der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, Landesverband Sachsen-Anhalt: Dr. David Jahr; Oliver Schmiedel, Mirko Bischoff, Dr. Heike Müller, Prof. Dr. Sibylle Reinhard, Merle Gutheil, Armin Kugler